

vom Ratsbüro genehmigt
am: 15. Mai 2001

PROTOKOLL

der **6.** Sitzung
vom Dienstag, 8. Mai 2001
17.00 - 19.10 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Peter Neukomm (SP) Präsident 2001

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 45 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Hans Ith (SVP)
Rainer Schmidig (EVP)
Andi Tenger (FDP)
Peter Wullschleger (CVP)

für den Anfang der Sitzung: Bea Hauser (SP)

für den Schluss der Sitzung : Raphaël Rohner (FDP)

Traktanden:

- 1. VdSR - Stellenplanerweiterung Altersheim am Kirchhofplatz, Künzle-Heim, Altersheim Steig, Altersheim Wiesli** **Seite 160**
- 2. VdSR - Motion Peter Käppler, Bericht und Antrag über den Bau oder die Einrichtung von gedeckten Einstellmöglichkeiten für Fahrräder im Bereich Bahnhof - Altstadt** **Seite 174**

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

20.06.00	VdSR - Entwicklung der Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung: Neueinstufung u. Stellenplananpassung	SPK
8.11.00	VdSR - Verselbständigung der Städt. Werke SH u. Neuhausen	SPK
14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
12.01.01	INTERPELLATION von Annina Keller (OeBS) Zulassungsregelung von "Exit" zu den städtischen Altersheimen	
20.02.01	VdSR - Bericht über die hängigen Motionen	GPK
13.03.01	VdSR - Landhaus/Bushof, Projektierungskredit	SPK
12.03.01	INTERPELLATION von Christian Hablützel (SP) Bevölkerungsrückgang in der Stadt Schaffhausen	
12.03.01	INTERPELLATION von Christian Hablützel (SP) Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Benken	
27.03.01	INTERPELLATION von Thomas Hauser (FDP) Ausgaben bei der Sozialhilfe	
3.04.01	INTERPELLATION von Bea Hauser (SP) Gefährdete Poststellen in Schaffhausen?	
3.04.01	MOTION von Thomas Neukomm (SP) Sanierung städtischer Kindergärten	
9.04.01	INTERPELLATION Christian Meister (SVP) "Wohnortsmarketing Stadt Schaffhausen"	
10.04.01	Jahresrechnung 2000 der Einwohnergemeinde Schaffhausen einschl. Jahresberichte 2000 der Pilotabteilungen WOV	GPK
2.05.01	VdSR - Kooperationsprojekt Forsthaus 2000: Definitive Weiterführung als zweite Gruppe in der städt. Kinderkrippe Forsthaus ab Januar 2002	SPK
8.05.01	INTERPELLATION Andres Bächtold (SP) "Verlotterte Gebäude sind auch Schulden"	

Kleine Anfrage von

Theresia Derksen (CVP)	Beleuchtung von Fussgängerstreifen	19.01.01	1/2001
Raphaël Rohner (FDP)	Heizzeiten in den städtischen Schulhäusern	26.03.01	4/2001
Urs Tanner (SP)	Midnight Basketball	29.03.01	5/2001
Peter Wullschlegler (CVP)	Bisherige Planungsprojekte rund um den Bahnhof	06.04.01	6/2001
Verena Stutz (SP)	Schulwegsicherung Kindergarten	03.05.01	7/2001

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 VdSR - Stellenplanerweiterung Altersheim am Kirchhofplatz,
Künzle-Heim, Altersheim Steig, Altersheim Wiesli**

Der Grosse Stadtrat heisst die bereinigten Anträge der GPK mit **42 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 13. März 2001 über die Stellenplanerweiterung für die Altersheime am Kirchhofplatz, Künzle-Heim, Steig und Wiesli.

2. Der Grosse Stadtrat bewilligt die Besoldungseinreihung der Pflegedienstleitung in den Besoldungsklassen 16 – 18.

Ein Gegenantrag von Lotti Winzeler (OeBS) auf Besoldungseinreihung der Pflegedienstleitung in den Besoldungsklassen 17 - 18 lehnt der Rat mit 26 zu 18 Stimmen ab.

- NEU 3.** *Der Stadtrat wird beauftragt, die Besoldungseinreihungen **in den Heimen (medizinisches und Pflegepersonal)** zu überprüfen. Über allfällige Änderungen sind dem Grossen Stadtrat mit dem Voranschlag 2002 Bericht und Antrag zu unterbreiten.*

Der fett gedruckte Wortlaut obsiegt auf Antrag von Susanna Freivogel (SP) über die Formulierung der GPK (...) *im Bereich Pflegepersonal in den Heimen (...)* mit 23 zu 22 Stimmen. Die Abstimmung erfolgte auf Antrag von Alfons Cadario (EVP) unter Namensaufruf.

Ein Antrag von Christian Hablützel (SP), den Wortlaut von Ziffer 3 zu ergänzen (...) *zu überprüfen und dem Markt anzupassen*, wird vom Rat mit 26 zu 9 Stimmen abgelehnt.

4. Der Grosse Stadtrat bewilligt die Stellenvermehrung per 01.01.2001 und 01.01.2002 für die Altersheime wie folgt:

Altersheim am Kirchhofplatz

	BK	2000	2001	2002
Pflegedienstleitung	16 - 18	80	200	200
Stationsleiter/in	12 - 16	240	300	300
Dipl. Pflegepersonal II-I	12 - 14	700	700	900
Pflegehilfe III-I	01 - 09	3650	4050	4050
Hausangestellte/r III-I				

Künzle-Heim

	BK	2000	2001	2002
Pflegedienstleitung	16 - 18	0	100	100
Pflegerin -FA SRK II-I	09 - 12	750	850	950
Pflegehilfe III-I	01 - 09	1950	2100	2350
Hausangestellte/r III-I				

Altersheim Steig

	BK	2000	2001	neu 2001
Pflegedienstleitung	16 - 18	0	0	150
Leitende/r Betriebsangestellte/r / Stationsleiter/in	12 - 16	400	400	300
Dipl. Pflegepersonal II-I	12 - 14	900	900	1100
Therapiepersonal	08 - 13	0	0	100
Pflegehilfe III-I Hausangestellte/r III-I	01 - 09	2250	2350	2550

Altersheim Wiesli

	BK	2001	2002
Dipl. Pflegepersonal II-I	12 - 14	850	950
Pflegehilfe III-I Hausangestellte/r III-I	01- 09	2500	2700

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 VdSR - Motion Peter Käppler, Bericht und Antrag
über den Bau oder die Einrichtung von gedeckten
Einstellmöglichkeiten für Fahrräder im Bereich Bahnhof-Altstadt**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Anträge der GPK mit **44 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt in zustimmendem Sinne Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 9. Januar 2001 über den Bau oder die Einrichtung von gedeckten Einstellmöglichkeiten für Fahrräder im Bereich Bahnhof - Altstadt.
2. Ziffer 2 (Antrag des Stadtrates auf Abschreibung der Motion) wird ersatzlos gestrichen.

Der Antrag der GPK obsiegt in der Abstimmung über den Antrag des Stadtrates, die Motion von Peter Käppler betreffend Einstellhalle für Fahrräder im Altstadtbereich, erheblich erklärt am 18. Februar 1997, als erledigt abzuschreiben, mit 23 zu 19 Stimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Peter Neukomm (SP) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN**Neu eingegangene Geschäfte:**

9.04.01 INTERPELLATION Christian Meister (SVP)
"Wohnortsmarketing Stadt Schaffhausen"

Dieser Vorstoss wird auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

10.04.01 Jahresrechnung 2000 der Einwohnergemeinde Schaffhausen
einschl. Jahresberichte 2000 der Pilotabteilungen WOV

Dieses Geschäft wird usanzgemäss der GPK zur Vorberatung zugewiesen.

2.05.01 VdSR - Kooperationsprojekt Forsthaus 2000: Definitive
Weiterführung als zweite Gruppe in der städt. Kinderkrippe
Forsthaus ab Januar 2002

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft in einer 11er SPK vorberaten zu lassen. Der Rat folgt dem Antrag des Büros stillschweigend.

Zusammensetzung der SPK:

SP: Urs Tanner, Verena Stutz, Esther Bänziger

FDP/CVP: Theres Brambrink, Dieter Amsler, Theresia Derksen

SVP/EDU: Josef Eugster, Gertrud Walch, Erwin Sutter

OeBS/EVP/GB: Lotti Wänzeler, Diana Ceppi

Der erste Sitzungstermin ist noch festzulegen.

Einladende Partei ist die SVP.

8.05.01 INTERPELLATION Andres Bächtold (SP)
"Verlotterte Gebäude sind auch Schulden"

Dieser Vorstoss wird auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

Kleine Anfragen:

Peter Wullschleger (CVP)	Bisherige Planungsprojekte rund um den Bahnhof	06.04.01	6/2001
Verena Stutz (SP)	Schulwegsicherung Kindergarten	03.05.01	7/2001

Beantwortet wurde vom SR mit Datum vom 2. Mai 2001 folgende Kleine Anfrage:

Edgar Zehnder (SVP):	Kreisel Schwabentor-Etzwilerunterführung	01.03.01	3/2001
-----------------------------	---	-----------------	---------------

Weiter wurden heute dem Rat folgende Informationen ausgehändigt:

- INFO flash Nr.4/01 Schaffhausen 500
- Jahresbericht 2000 des Vereins für Jugend- u. Suchtmittelfragen (VJPS)
- Flyer IG Velo Schaffhausen z. Velowoche und Velotag 12. bis 19. Mai 2001

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 5 vom 3. April 2001 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Alfred Zollinger (SVP) Persönliche Erklärung im Namen der GPK *

"Mit Erstaunen hat die GPK davon Kenntnis genommen, dass der **Verein Schaffhauser Freizeitzentren VSFZ** beschlossen hat, per 30. April 2001 die Freizeitwerkstatt Dreispitz zu schliessen bzw. an die Stadt Schaffhausen zurückzugeben, und dass den zuständigen Personen auf das erwähnte Datum gekündigt worden ist.

An der Budgetsitzung vom 5. Dezember 2000 hatte der Grosse Stadtrat auf Antrag der GPK einer Subventionserhöhung von Fr. 50'000.-- zugestimmt. Dieser Beschluss war an die Bedingung geknüpft, dass bis Sommer 2001 alle vier Betriebe - Jugendhaus, Jugendkeller, Beratungsstelle und Dreispitz - aufrechterhalten und keine Kündigungen ausgesprochen werden.

Dem Protokoll der Budget-Sitzung des GrSR vom 5. Dez. 2000 kann die folgende Aussage von Alt-Stadtrat Werner Widmer entnommen werden:

"Ich (Alt-SR W. Widmer) habe der Präsidentin, Frau M. Reutimann, gesagt, sie soll keinen Personalabbau in die Wege leiten, bevor nicht am 5. Dez. 2000 definitiv bekannt ist, welche Mittel dem VSFZ im nächsten Jahr zur Verfügung stehen. Dann ist noch die 30-tägige Referendumsfrist abzuwarten. Erst dann ist Handlungsbedarf angesagt."

Anscheinend wurde der Beschluss des Grossen Stadtrates weder vom damaligen Referenten noch von unseren Vertretern im VSFZ-Vorstand weitergegeben, was die GPK gar nicht erfreut hat. Denn der damalige Referent wie auch unsere vier Vertreter/innen waren über die am 14.9.2000 beschlossenen Absichten betreffend Rückgabe von Dreispitz und Jugendkeller an die Stadt Schaffhausen informiert.

Am 9. April 2001 hatte dann bei Stadtrat Urs Hunziker eine Sitzung stattgefunden, an der die Präsidentin des VSFZ, ein weiteres Vorstandsmitglied, sowie seitens der GPK Andres Bächtold und der Sprechende teilnahmen. Die GPK-Vertreter machten einerseits auf den Beschluss des Grossen Stadtrates vom 5. Dez. 2000 und andererseits auf den zweckgebundenen Beitrag von Fr. 25'000.- für den Dreispitz aufmerksam. Bis Budget 1997 wurden die Beiträge mit Fr. 245'000.- und Fr. 25'000.- Dreispitz separat ausgewiesen. Ab 1998 wurde nur noch der Totalbetrag von Fr. 270'000.- erwähnt, worin der zweckgebundene Anteil von Fr. 25'000.-- für den Dreispitz eingeschlossen war; eine buchhalterische Massnahme, die mit Alt-SR Werner Widmer abgesprochen, aber anscheinend auch nirgends festgehalten wurde.

Die GPK-Vertreter hielten fest, dass einem Leistungsabbau ohne Subventionskürzung nicht zugestimmt werden kann. Deshalb werden 2/3 der zweckgebundenen Mittel von Fr. 25'000.-, was Fr. 16'000.- entspricht, eingefroren. Dieser Betrag steht für dieses Jahr einem allfälligen Nachfolgeverein Dreispitz zur Verfügung, sobald dieser gegründet und Statuten und Vorgaben der Stadt vorliegen.

Die GPK ging bei dieser Entscheidung davon aus, dass vermutlich im Laufe 2001 durch den VSFZ auf dem üblichen Weg ein Nachtragskredit beantragt wird, gilt es doch den Betrieb in der Beratungsstelle und dem Jugendhaus weiter zu führen."

Der Rat nimmt die persönliche Erklärung im Namen der GPK zur Kenntnis.

Die Tagesordnung wird im übrigen gutgeheissen.

Der Ratspräsident gibt bekannt, dass er dem Fotografen Max Baumann erlaubt hat, von der heutigen Ratsdebatte Fotos zu erstellen. M. Baumann macht diese im Auftrag der Stadt Schaffhausen - im Hinblick auf die Publikation einer neuen Broschüre.

Traktandum 1 VdSR - Stellenplanerweiterung Altersheim am Kirchhofplatz, Künzle-Heim, Altersheim Steig, Altersheim Wiesli

EINTRETENSDEBATTE

Diese Vorlage wurde in der GPK vorberaten.

Alfred Zollinger (SVP) Präsident und Sprecher der GPK *

"An Ihrem Platz haben Sie die korrigierten Seiten 12 und 15 der stadträtlichen Vorlage vorgefunden, die Sie bitte mit den entsprechenden Seiten austauschen wollen. Heute Nachmittag wurde nämlich noch ein Rechnungsfehler festgestellt. Obwohl sich dadurch das Proforma-Ergebnis etwas verschlechtert, kann die Vorlage gleichwohl behandelt werden, geht es doch um die Stellenplanerweiterung gemäss BESA Hochrechnung für die Jahre 2001 und 2002. Dazu kommt, dass die Hochrechnung das ganze Jahr 2001 einbezieht. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Mehraufwand für 2001 in der Gesamtrechnung aufgefangen werden kann.

Diese Vorlage basiert auf dem Altersbetreuungs- und Pflegegesetz vom 21. August 1995 sowie deren Verordnung zur Umsetzung vom 14. März 2000, welche die Gemeinden verpflichtet, in den Heimen, wo pflegebedürftige Personen untergebracht sind, eine Pflegedienstleitung einzusetzen. Auch das KVG verpflichtet die Heime zur Qualitätssicherung und zum Einsatz von Fachpersonal. Dies führt zur vorliegenden Stellenplanerweiterung.

Ein weiterer Stellenbedarf ergibt sich im Bereich Pflege, wo eine Zunahme der Pflegebedürftigkeit absehbar ist. Diese Prognose basiert auf den Erfahrungen mit dem neuen "Bewohner/innen-Einstufungs- und Abrechnungssystem", kurz BESA genannt, in den Jahren 1999 und 2000. Mit diesem System können Pflege-, Betreuungs- und Behandlungsmassnahmen in allen Bereichen einer Institution der stationären Langzeitpflege erfasst werden. Der Leistungskatalog umfasst die wichtigsten, in einem Heim anfallenden Leistungen, aufgeteilt in zehn Leistungsgruppen. Der Grad der Bedürftigkeit der Bewohner/innen ist deshalb neu pro Leistungsgruppe durch entsprechende Leistungsstufen ersichtlich. Im Leistungskatalog sind jeder Leistungsgruppe pro Leistungsstufe Punktwerte zugeordnet. Mit diesem Punktesystem wird der Aufwand **nur** für die Pflege- und Behandlungsmassnahmen berechnet und den BESA-Stufen zugeordnet. Für jede BESA-Stufe wird im System eine Zeitbandbreite für den täglichen Pflegebedarf angegeben, wobei sich die städtischen Heime auf einen Mittelwert geeinigt haben. Deshalb sind die beantragten Stellenprozente pro Altersheim auch unterschiedlich. Aussergewöhnlich ist an der Vorlage, dass Stellenprozente für die Jahre 2001 - 1480 % - und 2002 - 850 % -, total 2330 % beantragt werden.

Aber der GPK wurde klar versichert, dass Stellen nicht auf Vorrat geschaffen, sondern von den Heimleitungen nur besetzt werden, wenn es wirklich notwendig wird, dh. parallel zur zunehmenden Pflegebedürftigkeit der Bewohner/innen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass der Mehraufwand bei den Personalkosten im Pflegebereich durch Mehr-Einnahmen von BESA-Geldern kompensiert wird. Die Pflegedienstleitung hingegen muss über die Grundtaxen gedeckt werden, was mit einem Tarifaufschlag ab 2002 geplant ist und kaum zu umgehen sein wird.

Zu längeren Diskussionen hat in der GPK die Einstufung der Pflegedienstleitung geführt. Schlussendlich wurde dem Vorschlag des Stadtrates mit dem zusätzlichen Einbau von Punkt 3 bei den Anträgen zugestimmt. Dieser verlangt die Ueberprüfung der Besoldungseinreihungen im Bereich des Pflegepersonals in den städt. Heimen, verbunden mit Bericht und Antrag über allfällige Aenderungen mit dem Budget 2002. Die entsprechende Neufassung der Anträge haben Sie erhalten.

Danach hat die GPK dieser Vorlage mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Enthaltung, zugestimmt. Die GPK empfiehlt Ihnen, der Vorlage mit den geänderten Anträgen zuzustimmen.

Frau Monica Studer und Herrn Stadtrat Urs Hunzker danke ich für die Vorstellung der Vorlage und die kompetente Fragenbeantwortung."

Alfred Zollinger (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Die SVP/EDU-Fraktion ist sich bewusst: Wenn die Stadt die erwähnte Verordnung nicht umsetzen würde, wären die gesetzlichen Auflagen nicht mehr erfüllt. Das hätte zur Folge, dass der Kanton seine Zahlungen reduzieren oder sogar einstellen könnte. Ebenso wäre mit einer Kürzung der Krankenkassen-Beiträge zu rechnen. Dazu kommt, dass es auch keinen Sinn machen würde, wenn man die Heime in Nicht-, Leicht-, Mittel- und Schwer-Pflegebedürftige kategorisieren würde.

Deshalb wird die SVP/EDU-Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen."

Peter Käppler (SP) Fraktionserklärung *

"Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der GPK auf Eintreten auf diese Vorlage und stimmt den Anträgen der GPK zu. Wir unterstützen die Einrichtung einer Pflegedienstleitung nicht einfach, weil sie vorgeschrieben ist, sondern weil wir es als dringend erachten, dass im Heimbereich Strukturen geschaffen werden, welche die geforderte Qualität für die BewohnerInnen unserer Heime und eine gute Führung des eingesetzten Personals garantiert. Die neu zu schaffende Pflegedienstleitung beinhaltet eine Kaderfunktion, die bislang in unseren Heimen fehlte. Die wichtigsten Aufgaben liegen in der Unterstützung und Entlastung der Heimleitungen bezüglich der Personalführung und in der Qualitätssicherung der Pflege. Auch die Stationsleitungen, welche heute vor allem im Bereich der Personalführung zu viele Aufgaben erledigen müssen, können entlastet werden.

Mit dem ansteigenden Durchschnittsalter unserer HeimbewohnerInnen nimmt auch die Pflegebedürftigkeit zu. Wir begrüßen die vorausschauende Planung der Vorlage gemäss den BESA-Ansätzen. Diese auf zwei Jahre ausgelegte Planung beinhaltet eine gewisse Flexibilität bei der Anstellung von Pflegepersonal.

Dies ermöglicht den HeimleiterInnen, die Besetzung der Pflegestellen nach den Bedürfnissen und dem Zeit- bzw. Arbeitsaufwand der Pflege vorzunehmen. Die mit der Vorlage beantragten Stellen bewegen sich aber klar am unteren Limit der BESA-Ansätze. Wir erwarten darum von den Heimleitungen und dem Heimreferat, dass die notwendigen Stellenbesetzungen jeweils ohne Verzug gewährt werden. Denn eine verzögerte Umsetzung führt zur Überlastung und Unzufriedenheit des Personals.

Nicht einverstanden ist die SP-Fraktion mit der vorgesehenen Einreihung der Pflegedienstleitungen. Weder aus dem Stellenbeschrieb noch aus dem Anforderungsprofil oder dem Aufgabenbereich geht eine Begründung hervor, warum die städtische Pflegedienstleitung 2 Besoldungsstufen tiefer als diejenige des Kantons eingereiht werden soll. Der SP widerstrebt es, eine Vorlage gutzuheissen, bei der schon bei der Verabschiedung die Einreihung falsch ist. Wir liessen uns in der GPK aber überzeugen, dass das Problem nicht in der neuen Stellung alleine liegt, sondern dass das ganze Lohnklassengefüge im Bereich der Pflege nicht stimmt, und weder dem Vergleich mit dem Kanton, noch mit umliegenden Regionen Stand hält. Eine einzelne Anpassung würde neue Ungerechtigkeiten hervorrufen. Die SP stellt sich darum hinter den Antrag der GPK, der verlangt, alle Besoldungseinreihungen im Bereich Pflegepersonal zu überprüfen und zusammen mit dem Budget dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen. Vielleicht mag Sie das verlangte Tempo erstaunen. Die momentane Personalsituation im Bereich der Pflege ist prekär, und wir dürfen nicht das Risiko eingehen, Personal zu verlieren - sei es durch Abwerbung besser zahlender Nachbarregionen oder durch Abwanderung in andere Berufe aufgrund des "Burn-out-Syndroms". Attraktive Arbeitsbedingungen geben nicht nur frisch ausgebildeten Pflegekräften, sondern auch Wiedereinsteigerinnen den Anreiz, in unserer Stadt zu arbeiten.

Nicht einverstanden ist die SP mit der Ankündigung, dass in diversen Heimen die Taxen schon wieder erhöht werden sollen. Die Heime stehen finanziell auf gesunden Füßen und konnten zum Teil in den vergangenen Jahren hohe Abschreibungen vornehmen. Wir wehren uns dagegen, wenn mit einer überzockten Taxen-Politik der Weg für Steuerfuss-Senkungen frei gemacht werden soll.

Die SP-Fraktion bittet Sie, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der GPK zuzustimmen."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP

"Ich kann mich kurz fassen und will das von meinen Vorrednern Gesagte nicht wiederholen. Die FDP/CVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und die Anträge unterstützen. Die Schaffung der Pflegedienstleitungen sind durch das KVG vorgegeben.

Ich möchte hier kurz noch die Taxen ansprechen. Die Schaffung der Pflegedienstleitungen werden kostenwirksam für die Heime und die Stadt. Eine Taxen-Erhöhung, wie sie von Peter Käppler soeben angesprochen wurde, ist bei der SP nicht erwünscht. Sie ist an sich überhaupt nirgends erwünscht und bringt auch nicht den gewünschten Erfolg. Das hat an anderer Stelle Frau Veronika Heller gesagt; Andres Bächtold hat es in der GPK wiederholt. Wenn wir die Taxen erhöhen, und verschiedene HeimbewohnerInnen diese Erhöhung nicht verkraften können, so muss diesen mit Sozialgeldern oder mit Steuererlassen geholfen werden. Das bringt der Stadtkasse überhaupt nichts.

Ich habe schon verschiedentlich im Rat darauf aufmerksam gemacht, dass die Gemeinde Thayngen im Altersheim den sog. Staffel-Tarif kennt. Alt-SR Werner Widmer hat sich immer gegen diesen Staffel-Tarif mit guten Gründen gewehrt. Ich habe jedoch in Thayngen angefragt, wie dies funktioniert. Es funktioniert bestens, wobei man am Plafond angelangt ist. Es wird jedes Jahr neu ausgehandelt. Aber die HeimbewohnerInnen mit bescheidenen finanziellen Mitteln haben einen tieferen Tarif. Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass man das in Schaffhausen einmal überdenkt, ob man nicht mit diesem Staffel-Tarif erreichen kann, dass die gut Betuchten etwas mehr entrichten als die weniger gut Bemittelten, damit man auf diese Art die Rechnung ausgleichen kann. In Thayngen hat es übrigens Walter Stamm eingeführt unter Mithilfe von Hanspeter Sorg - wenn ich mich recht erinnere. Es waren zwei Sozialdemokraten, folglich könnte man es in Schaffhausen auch einmal versuchen."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Namens der OeBS/EVP/GB-Fraktion kann ich Ihnen mitteilen, dass wir auf die Vorlage eintreten werden. Über die Vorlage selbst und die Verhandlungen in der GPK wurden Sie bereits informiert. Die erfreuliche Tatsache, dass unsere Seniorinnen und Senioren länger selbständig oder mit kleiner Hilfestellung zu Hause leben können, hat zur Folge, dass sie dann beim Eintritt in ein Altersheim meist schon gewisser Hilfe bedürfen. Die Pflege älterer Mitmenschen - wie die Pflege überhaupt - ist nun ein Bereich, der wesentlich von der menschlichen Arbeitskraft abhängt und wo weitere Rationalisierungen kaum mehr möglich sind. Wir alle wollen schliesslich eine humane, sorgfältige Pflege mit menschlicher Wärme. Dies lässt sich aber nur mit genügendem Personal bewerkstelligen. Wir sind überzeugt, dass die Berechnung der notwendigen Stellen sorgfältig und zurückhaltend vorgenommen wurde. Unsere Fraktion kann daher den Stellenvermehrungen zustimmen, ebenso begrüssen wir den von der GPK eingefügten Antrag zur Überprüfung der Besoldungseinreihung des Pflegepersonals. Gleichwohl wird die Einstufung der Pflegedienstleitung - wie schon in der GPK - heute nochmals auf's Tapet kommen. Hierzu wird sich meine Fraktionskollegin Lotti Winzeler noch äussern."

Lotti Winzeler (OeBS) Votum *

"Endlich ist die Pflege fähig, aufgrund pflegerischer Messinstrumente Fakten und Daten auf politischer Ebene aufzuzeigen, damit die Meinungsbildung transparenter gestaltet werden kann.

Leider fehlt in den Ausführungen der Schlüssel, wie der Stellenplan des dipl. Pflegepersonals anhand der Vollpflegefälle errechnet wird. Hier wird nur aufgeführt, wie viele Stellenprozente für die Pflegedienstleitung aufgrund der Vollpflegefälle errechnet wurde.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, dass mit der Stufe BESA 4 185 Min./Tag für die Pflege berechnet werden. Es gibt jedoch Pflegefälle, die mehr als 185 Min./Tag benötigen. Diese werden bei dieser Rechnung nicht berücksichtigt. Hier wird sehr spitz kalkuliert!

Anforderungsprofil Pflegedienstleitung

In der Verordnung zum Alters- und Pflegegesetz vom 14. März 2000 steht, dass die Pflegedienstleitung über eine angemessene fachliche Ausbildung in Gesundheits- und Krankenpflege oder eine gleichwertige Ausbildung und mehrjährige Erfahrung

verfügt. Die Hauptaufgaben der Pflegedienstleitung beinhalten die Personalführung, Einsatzplanung, Koordinationsaufgaben und **die Qualitätssicherung**. Ich möchte darauf hinweisen, wie wichtig es ist, dass die Pflegedienstleitung im Besitze eines Diploms in Gesundheits- und Krankenpflege ist - wenn möglich mit einer höheren Fachausbildung. Es gibt keine gleichwertige Ausbildung, die den Anforderungen der Pflegedienstleitung genügen würde und die Verantwortung bzgl. Qualitätssicherung in der Pflege übernehmen könnte. Ich möchte den Heimreferenten darauf hinweisen, dass das Anforderungsprofil für die Pflegedienstleitung enger gefasst werden soll, als in der Verordnung festgehalten, und bei der Rekrutierung als Voraussetzung mind. ein Diplom in Gesundheits- und Krankenpflege vorhanden sein muss.

Vorgesehene Besoldungsklasse für Pflegedienstleitung

Wie in den Ausführungen der Vorlage aufgezeigt wird, ist das Oberpflegepersonal des Kantons in die Besoldungsklasse 18-20 eingereiht. Für die Pflegedienstleitung in den städtischen Heimen ist Lohnklasse 16-18 vorgesehen. Das heisst, zwei Klassen tiefer als im Kanton. Meine Frage: Wie soll so bei diesem Mangel an Pflegepersonal gut qualifiziertes Personal rekrutiert werden? Die Lohndifferenz zum Kanton Zürich ist im vergangenen Jahr massiv gestiegen; auch der Kanton SH sieht sich gezwungen, Lohnanpassungen durchzuführen.

Bei den Erläuterungen wird der Aufgabenbereich des Oberpflegepersonals des Kantons SH mit dem der Pflegedienstleitung verglichen. Es werden die gleichen Anforderungen an diese Funktion gestellt. Einzig der Bereich Personalführung wird kleiner sein. Es ist mir absolut nicht klar, warum hier die Einreihung so tief ausfällt. In der Besoldungsverordnung der Stadt SH ist das Oberpflegepersonal in den Lohnklassen 17-18 aufgeführt. Wieso werden jetzt bei der Umsetzung die Lohnklassen nach unten gedrückt?

Aus diesem Grund stelle ich den Antrag, dass der Grosse Stadtrat die Besoldungseinreihung der Pflegedienstleitung in den Besoldungsklassen 17-18 bewilligt. Es besteht dann immer noch eine Differenz von einer bis zwei Lohnklassen zum Kanton SH - nicht zum Kanton Zürich.

Zum Antrag 3 - Überprüfung Besoldungseinreihung im Bereich Pflegepersonal

Am Donnerstag 10. Mai 01 führt der RR mit dem Ausschuss der Gesundheitsberufe des Kantons Schaffhausen Lohnverhandlungen durch. Wenn es zu einer Einigung kommt, werden die Löhne des Pflegepersonals im Kanton angehoben. Eine Gleichstellung der Löhne zwischen Stadt SH und Kanton muss auch in Zukunft beibehalten werden. Wir können uns eine Konkurrenz innerhalb des Kantons nicht leisten. (Die Konkurrenz auf der andern Seite des Rheins ist ausgesprochen gross.)

Ich möchte den Stadtrat bitten, sich für das Pflegepersonal einzusetzen und die Löhne des Pflegepersonals anzuheben. Der Stadtrat muss dabei die Resultate der Lohnverhandlungen des kantonalen Gesundheitspersonals miteinbeziehen."

Mariann Keller (SP)

Votum *

"Zum Antrag 3 möchte ich Folgendes bemerken: Wie sie aus den Medien wissen, ist die Rekrutierung von dipl. Pflegepersonal generell zum Problem geworden. Vor allen im Langzeitpflegebereich ist die Wiederbesetzung von offenen Stellen durch qualifiziertes Pflegepersonal ausgesprochen schwierig.

Die Anforderungen an die Pflegepersonen steigen ständig, bedingt durch die Zunahme von höchst komplexen Pflegesituationen im Heimbereich.

Der permanente Notstand an Fachpersonen verleitet dazu, die Stellen mit Hilfspersonal zu besetzen. Diese Massnahme hat im ersten Moment einen positiven Effekt auf die Kosten, bewirkt aber eine Abnahme der Pflegequalität, welche die Kosten verringert, indem sie mögliche Komplikationen wie z.B. Wundliegen oder Lungenentzündung etc. verhütet. Um Pflegequalität zu gewährleisten, benötigen die Heime Pflegeleitungspersonen mit hohem Fach- und Managementwissen. Nur durch ein fundiertes Wissen der Pflegedienstleitungen kann den heutigen Anforderungen entsprochen werden. Kompetentes Personal kann gezielter mit angepassten, marktgerechten Löhnen rekrutiert werden.

Zum Nachbarkanton Zürich bestehen inzwischen Lohndifferenzen von Sfr. 500.- bis 700.- pro Monat für frisch diplomiertes Pflegepersonal. Der Kanton Schaffhausen büsst als Arbeitgeber gegenüber dem Kanton Zürich an Konkurrenzfähigkeit ein. Diese Entwicklung ist ein Grund dafür, dass sich der Ausschuss der Berufsverbände im Gesundheitswesen sehr aktiv für marktgerechte Löhne auf Sommer 2001 beim Kanton einsetzt.

Der Kanton ist gezwungen, Lohnanpassungen vorzunehmen. Wenn die städtischen Heime nicht nachziehen, werden sie mit der Rekrutierung von Fachpersonal ein ernsthaftes Problem haben."

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

"Auch ich unterstütze den Antrag von Lotti Winzeler sehr, weil er genau das konsequent umsetzt, was die GPK auch erkannt hat. Das Lohngespräch mit Bewerberinnen ist schliesslich kein Bazar, wo wir beliebige Preise schreiben können. Hier hat der Nachbarkanton längstens eine Leitplanke gesetzt, die der Rhein nicht wegpült.

Es ist richtig, im Sinne der GPK die Überarbeitung des ganzen Einreichungsplanes zu fordern. Warum also soll die Stadt ausgerechnet dort unter dem Limit bleiben, wo sie Top-Leute mit hoher Motivation trifft? Immerhin kann die neue Pflegedienstleitung nicht einfach ins "gemachte Nest sitzen", sondern sie muss zuerst geeignete Strukturen einrichten und MitarbeiterInnen zu einem Team formen. Dazu sind Fachkenntnisse und Führungsfähigkeiten nötig, die heute ihren Marktwert haben. Im eigenen Interesse soll die Stadt darum nicht mit einer kleinlichen Untergrenze das falsche Signal an Interessierte setzen.

Nebenbei bemerkt möchte ich noch darauf hinweisen, dass wahrscheinlich bei den Pensionärinnen und Pensionären eine Tarifierhöhung schlecht ankommt, wenn gleichzeitig der Steuerfuss um 3% sinkt. Das Thema ist für eine emotionale Kampagne wie jene der Bus-Tarife sehr geeignet. Der Stadtrat wird diese Rechnung den SeniorInnen in den Heimen und den "Grauen Panther" auf der Tribüne hier ausführlich erklären müssen."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Spontan ein Votum zu den Löhnen, wenn wir gerade bei diesem Thema sind. Ich möchte nicht wiederholen, was schon gesagt wurde. Es ist alles richtig und hat aufgezeigt, wie es sein müsste. Ich möchte lediglich darauf hinweisen, dass ich die Einreihung der Pflegehilfen III-I ab Besoldungsklasse 01 unter aller Kritik finde. Ich sage das schon seit Jahren. Ich hoffe, dass diesen Anträgen jetzt Folge geleistet wird, einerseits dem Antrag von Frau Winzeler und jenem der GPK und andererseits die Arbeitsplatz-Bewertungen endlich einmal professionell und aus Distanz gemacht werden."

Edgar Mittler (FDP) Votum

"Es ist absolut nicht so, dass wir keine höheren Löhne bezahlen können, weil wir mit den Steuern herunter gehen. Das Umgekehrte ist nämlich der Fall. Wir können keine höheren Löhne bezahlen, weil wir zu wenig gute Steuerzahler haben. Damit wir gute Steuerzahler in Schaffhausen ansiedeln können, müssen wir mit den Steuern runter. Im Effekt können wir dann auch wieder bessere Löhne bezahlen."

Susanna Freivogel (SP) Votum

"Wenn wir schon bei den Löhnen sind, so erlaube auch ich mir eine Bemerkung. Im Altersheim Steig ist eine Therapiestelle geplant. Mich erstaunt die Einstufung in die BK 08 - 13. Deshalb die Frage: Ist hier die Anstellung von dipl. Personal gemeint oder wird hier nicht dipl. Personal vorgesehen?"

Stadtrat Urs Hunziker Stellungnahme des Stadtrates

"Wie Sie bereits von Alfred Zollinger erfahren haben, ist der zuständigen Ressortleiterin bei der Berechnung des Mehraufwandes der Personalkosten sowohl beim Altersheim Steig wie auch beim Altersheim Wiesli ein bedauerlicher Rechenfehler unterlaufen, den ich erst bei der letzten Durchsicht der Unterlagen für die heutige Sitzung - buchstäblich in letzter Minute - entdeckt habe. Ich bitte Sie, die Fehler zu entschuldigen. Auf die geplante Erweiterung des Stellenplanes haben die erwähnten Fehler keine Auswirkung. Ferner gilt es zu beachten, dass die erwähnten Mehrkostenberechnungen grundsätzlich modellhaften Charakter haben. Für das Jahr 2001 sind die Kosten jeweils für ein ganzes Jahr berechnet und werden sich entsprechend reduzieren bzw. nur ab dem Zeitpunkt auswirken, ab dem die Vorlage in Kraft tritt. Für das Jahr 2002 werden die Heime gemäss Anweisung der Zentralverwaltung so budgetieren, dass eine ausgeglichene Rechnung bei einem knappen Minus zu erwarten ist.

Erlauben Sie mir, Ihnen nun kurz die wichtigsten Gründe für die vorliegende Stellenplanerweiterung zu erläutern.

Im Wesentlichen weist die Vorlage zwei Schwerpunkte auf, die Einführung von Pflegedienstleitungen zum Einen, die Erweiterung des Stellenplanes im Bereich des übrigen Pflegepersonals zum Andern.

1. Zur Pflegedienstleitung

Mit der Verordnung zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz werden die Gemeinden verpflichtet, eine Pflegedienstleitung zu bestimmen. Diese ist verantwortlich für die Führung des Pflegepersonals, für die Einsatzplanung, für Koordinationsaufgaben;

nicht zuletzt aber auch für die Qualitätssicherung, zu der die Altersheime gemäss KVG verpflichtet sind.

Bei den vorangegangenen Voten wurde die Berechnung der Vollpflege angesprochen. Ich habe dazu eine Bemerkung: Die Anzahl der Vollpflegefälle ist ausschlaggebend für die Stellenprozentage der Pflegedienstleitung. Es kann davon ausgegangen werden, dass pro ca. 20 Vollpflegefälle eine Pflegedienstleitung eingesetzt wird. Berechnungsgrundlage bildeten die pro HeimbewohnerIn zu erbringenden täglichen Pflegeleistungen innerhalb der BESA-Stufen 1-4, die auf sogenannte Vollpflegefälle - entsprechend der BESA-Stufe 4 - hochgerechnet wurden. Ein Vollpflegefall erfordert einen täglichen Pflegeaufwand von 185 Minuten.

2. Zur Erweiterung des Stellenplanes im Bereich des übrigen Pflegepersonals

Auch hier wurde die bereits erwähnte Berechnung zur Abschätzung des künftigen Pflegeaufwandes angewendet. Im Verlaufe der letzten Jahre wurde eine stetige Zunahme des Pflegebedarfs in den Heimen festgestellt. Viele HeimbewohnerInnen treten in einem höheren Alter in ein Altersheim ein, als dies früher der Fall war. Leider ist damit auch eine raschere Zunahme der Pflegebedürftigkeit nach dem Altersheimeintritt verbunden. Diese Entwicklung erfordert eine Anpassung des Stellenplanes der Altersheime. Allerdings sei noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass nicht etwa Stellen auf Vorrat geschaffen, sondern lediglich der Stellenplan für die Jahre 2001 und 2002 angepasst wird. Besetzt werden die Stellen nur, wenn der tatsächliche Bedarf ausgewiesen ist. Ich verweise auch hier auf die Berechnung der Pflegestellen nach Massgabe der Vollpflegefälle.

Sie werden sich vielleicht die Frage gestellt haben, was geschieht, wenn die erforderlichen Stellen nicht geplant und geschaffen werden können. Ich verzichte darauf, diejenigen Punkte zu wiederholen, die Alfred Zollinger bereits erwähnt hat. Vielleicht noch ein Hinweis: Das bereits jetzt stark belastete und schwierig zu rekrutierende Personal würde bei einer Ablehnung dieser Vorlage noch stärker unter Druck geraten, was zu noch grösseren Personalproblemen und Personalabgängen führen würde.

Sie sehen also, die Beschlüsse, von denen ich hoffe, dass Sie sie heute fassen werden, kommen vollumfänglich den Betagten unserer Stadt zugute.

Nun noch zu einigen Fragen, die aufgeworfen wurden.

Ich beginne beim Staffel-Tarif, den Thomas Hauser erwähnt hat. Hier ist es so, dass wir auf "Anordnung" der GPK mit der Gemeinde Thayngen in Kontakt getreten sind. Wir haben eine Auskunft erhalten, die nicht ganz identisch ist mit derjenigen, die uns Thomas Hauser gegeben hat. Insbesondere ist hervorzuheben, dass nach einer ersten Sichtung klar ist, dass der Heimleiter selbst die Abrechnungen nicht vornehmen kann, weil sie relativ kompliziert sind. Deshalb müssen sie von der Gemeindekasse erledigt werden. Wir werden der Sache aber nachgehen und der GPK den verlangten Bericht abliefern.

Bezüglich Pflegedienstleitung wurde moniert, das Anforderungsprofil sei enger zu fassen. Ich habe in der Zwischenzeit eine Stellenbeschreibung für eine Pflegedienstleiterin hervor gesucht.

Bei den Anforderungen steht u.a.: Sie hat den Pflegedienstleiterinnen-Kurs absolviert oder ist bereit, ihn zu absolvieren. Wir haben bereits Pflegedienstleiterinnen, welche in diesem Ausbildungskurs sind.

Der Problematik der Einstufung ist sich der Stadtrat bewusst. Allerdings möchten wir nicht isoliert eine einzige Kategorie des Pflegepersonals - die Pflegedienstleitungen - anheben und diese damit einreihungsmässig in den Bereich der HeimleiterInnen kommen lassen. Verhandlungen zur Besoldungseinreihung, wie dies der Antrag 3 der GPK verlangt, sind zwischen dem Heimreferat und dem Personaldienst bereits im Gange.

Bezüglich der Frage zur Therapiestelle bin ich der Meinung - ich kann es allerdings nicht mit Bestimmtheit sagen - dass die Einreihung in der BK 13 erfolgt und es sich um dipl. Personal handelt."

Der Ratspräsident stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin verliest die Seitenzahlen der Vorlage.

Seiten 1 - 11 - Keine Wortmeldungen

Seite 12 (korrigiertes Blatt)

Ernst Gründler (FDP) verweist auf die Ausführungen von GPK-Präsident Zollinger. Er stellt fest, dass beim Altersheim Steig für das Jahr 2001 statt dem ursprünglich errechneten Ertrag von Fr. 22'300.-- nunmehr ein Minusergebnis von Fr. 25'672.-- resultiert. Er erkundigt sich, wie die Sache für das Jahr 2002 aussehen wird.

Peter Möller (GB) weist darauf hin, dass wir beim Altersheim Steig für das Jahr 2002 keine (revidierten) Zahlen benötigen, da dort für 2002 keine zweite Tranche vorgesehen ist. Es geht hier nur um die Veränderungen im Jahr 2001.

SR U. Hunziker dankt P. Möller für dessen Ausführungen. Diese sind richtig. SR Hunziker erklärt kurz, wie es zu diesem Rechnungsfehler kam. Auf Seite 12 sind oben die Veränderungen bezgl. Stellenanpassungen aufgelistet. Bei den leitenden Betriebsangestellten erfolgt eine Reduktion um 100 Stellenprozente, während beim dipl. Pflegepersonal eine Aufstockung um 200 Stellenprozente vorgesehen ist. Irrtümlich ging man in der Berechnung von einer Rochade aus, so dass kostenmässig eine 100%-Stelle zu wenig einkalkuliert wurde. Dieser Fehler wurde auf dem heute ausgehändigten Blatt 12 korrigiert.

Seiten 13 - 16 - Keine Wortmeldungen
(Die Seite 15 wurde - wie erwähnt - ebenfalls korrigiert und ausgetauscht)

ANTRÄGE der GPK

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin verliest die Anträge.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 13. März 2001 über die Stellenplanerweiterung für die Altersheime am Kirchhofplatz, Künzle-Heim, Steig und Wiesli.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat bewilligt die Besoldungseinreihung der Pflegedienstleitung in den Besoldungsklassen 16 – 18.

Gegenantrag von Lotti Winzeler (OeBS):

Besoldungseinreihung der Pflegedienstleitung in den Besoldungsklassen **17 - 18**

Alfred Zollinger (SVP) bittet den Rat, dem Antrag von Lotti Winzeler nicht zuzustimmen und beim Antrag der GPK zu bleiben. "Wir haben dies in der GPK auch lange diskutiert und sind dort zum Schluss gekommen, dass es nicht Sinn macht, eine einzelne Funktion neu einzustufen, sondern es muss die ganze Einreihung im Pflegebereich angeschaut werden."

Herbert Distel (CVP) erkundigt sich, ob diese Funktion nicht im Besoldungs-Dekret fest eingereiht sei bzw. ob der GrSR hier in der Einreihung frei sei.

Peter Käppler (SP) weist darauf hin, dass es diese Funktion bis dato offiziell nicht gab. Die Stelle der Pflegedienstleitung wurde im Altersheim am Kirchhofplatz zwar vor Jahren schon geschaffen, lohnmässig jedoch auf die Ebene "Hauswirtschaftl. Leitung" genommen. Der GrSR ist daher hinsichtlich der Einstufung frei. Es wurde jedoch in der GPK festgestellt, dass die anderen Funktionen im Pflegebereich der Heime bezüglich Einstufung ebenfalls revisionsbedürftig sind. Mit einer höheren Einstufung der Pflegedienstleitungen kommt man bereits in den Bereich der Heimleitungen. Daher formulierte die GPK einen Antrag, wie er unter Ziffer 3 eingefügt wurde.

"Der Antrag von Frau Winzeler bringt der Pflegedienstleitung nicht viel, da damit nur die untere Einreihungsklasse angehoben wird; die obere, welche ebenfalls zu tief ist, bleibt. Man kann dem Antrag zustimmen, aber er bringt dem Gesamtanliegen praktisch nichts."

Lotti Winzeler (OeBS) weist darauf hin, dass die Oberpflege im Besoldungsdekret in den BK 17 und 18 eingestuft ist. "Wo ist der Unterschied zwischen Oberpflege und Pflegedienstleitung? In der Vorlage wird doch immer wieder der Vergleich mit der Oberpflege des Kantons angestellt. Deshalb habe ich den entsprechenden Antrag gestellt."

Urs Tanner (SP): "Ich kann Frau Winzeler nur zustimmen. Es muss eine politische Einstufung erfolgen. Die Schere klafft auseinander. Es muss auch ein leiser Hinweis sein, dass die ganze Besoldungsverordnung revidiert werden muss. Das System stimmt nicht mehr. Da muss man über die Bücher gehen."

Esther Bänziger (SP): "Ich möchte dem Antrag von Frau Winzeler auch wärmstens zustimmen. Der Antrag der GPK ist unbestritten sehr gut."

Trotzdem sehe ich nicht ein, weshalb wir eine Funktion zum Vornherein falsch einstufen müssen, wenn wir heute schon wissen, dass erstens die Einstufung nicht stimmt und zweitens wir kein Personal finden. Die Stadt sagt immer, sie zahle die gleichen Löhne wie der Kanton. Also bitte schön, da gibt es gar nichts weiter zu diskutieren."

SR Veronika Heller: "Ich möchte ganz grundsätzlich etwas dazu sagen. Urs Tanner hat es richtig erwähnt, das Personalgesetz und das Besoldungsdekret müssen revidiert werden. Zusammen mit dem Kanton habe ich die erste Sitzung am 17. Mai. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Einstufungen insbes. im Pflegebereich überprüft werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie heute nicht die gesamte Ordnung durcheinander bringen würden, weil das wieder zusätzliche Probleme geben würde. Ich bin auch der Auffassung - das hat man ja in der Entwicklung im Kanton Zürich ganz klar gesehen -, dass das Pflegepersonal zu niedrig eingestuft wurde. Wir müssen das prüfen. Ich kann Ihnen versichern, dass ich mich dafür einsetzen werde, dass es eine Annäherung an die Gerechtigkeit gibt. Ich hoffe, dass der Kanton dies auch so sieht. Dann können wir die Sache sorgfältig prüfen - über das Ganze gesehen - und picken jetzt nicht eine einzelne neue Funktion heraus, die wir so einstufen, dass das ganze Gefüge nicht mehr stimmt und wir bei den übrigen Funktionen eine neue Unzufriedenheit erzeugen, mit der sehr schwierig umzugehen sein wird. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie bei den Anträgen der GPK bleiben würden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die anstehende Überprüfung zu richtigen Lösungen führen wird."

SR Urs Hunziker: "Die Aussage, die Stadt bezahle geringere Löhne als der Kanton, stimmt nicht grundsätzlich. Die Ressortleiterin, Frau Studer, ist bereits an der Arbeit. Sie hat den Auftrag der GPK zur Überprüfung dieser Besoldungseinreihung in Angriff genommen. Es ist in der Realität so, dass - soweit ich im Moment orientiert bin - in der Praxis die Einreihung für gleiche Funktionen heute identisch ist bei Stadt und Kanton; dies innerhalb der Spannweite, welche die Besoldungsskala zulässt."

Erwin Sutter (EDU) erkundigt sich, in welcher Grössenordnung sich der Besoldungsunterschied im Pflegebereich zwischen dem Kanton Zürich und Kt. SH prozentual in etwa bewegt.

SR Urs Hunziker: "Ich habe an der gestrigen Sitzung unserer Fraktionsgemeinschaft den Auftrag gefasst, diese Zahlen in Erfahrung zu bringen. Ich kann Ihnen heute noch keine Resultate liefern. Wir werden diesen Vergleich mit dem Kanton Zürich anstellen. Es werden da 20 Prozent herum geboten. Anscheinend gibt es einen Beobachter-Artikel, welcher von 10 Prozent Unterschied spricht. Wir werden die Sache genau überprüfen."

Lotti Winzeler (OeBS): "Beim Kanton wurde ja der Lohnvergleich angeschaut und festgestellt, dass der Kanton bezüglich der Löhne beim Pflegepersonal jetzt handeln muss. Der Unterschied beträgt 20 Prozent; das ist so."

Abstimmung

Der Antrag von Lotti Winzeler (OeBS) auf Besoldungseinreihung der Pflegedienstleitung in den Besoldungsklassen 17 - 18 lehnt der Rat mit 26 zu 18 Stimmen ab.

NEU 3. *Der Stadtrat wird beauftragt, die Besoldungseinreihungen im Bereich Pflegepersonal in den Heimen zu überprüfen. Über allfällige Änderungen sind dem Grossen Stadtrat mit dem Voranschlag 2002 Bericht und Antrag zu unterbreiten.*

Verena Stutz (SP) freut sich, dass SR Hunziker bekannt gegeben hat, dass Frau Monica Studer bereits an der Arbeit ist. Die Votantin erkundigt sich, wer zu dieser Arbeitsplatz-Bewertung heran gezogen wird.

Susanne Freivogel (SP) stellt den Antrag, Ziffer 3 wie folgt zu ändern bzw. zu ergänzen:

*Der Stadtrat wird beauftragt, die Besoldungseinreihungen **in den Heimen (medizinisches und Pflegepersonal)** zu überprüfen. Über allfällige Änderungen sind dem Grossen Stadtrat mit dem Voranschlag 2002 Bericht und Antrag zu unterbreiten.*
Die Terminologie - medizinisches und Pflegepersonal - würde damit mit derjenigen der Besoldungsverordnung korrespondieren.

Christian Hablützel (SP) stellt den Antrag, den Wortlaut von Ziffer 3 zu ergänzen (...) zu überprüfen und dem Markt anzupassen. (...)

Raphaël Rohner (FDP): Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen von der linken Ratsseite. Ich denke, Sie haben nicht ganz gut zugehört. Ihre Finanzreferentin, die wirklich ein soziales Herz hat - das kann man doch sagen -, hat Ihnen vor einigen Minuten erklärt, dass im Kanton eine grosse Revision des Personalrechts ansteht. Kollege Tanner weiss es, dazu gehört auch eine Revision des Besoldungsdekretes. Da wird es viele Arbeitsgruppen geben. Diese Arbeitsgruppen werden sehr sorgfältig ans Werk gehen, und ich bin überzeugt, auch zielgerichtet Lösungen finden, die es uns erlauben werden, leistungsbezogene und auch marktgerechte, gute und konkurrenzfähige Löhne auszurichten. Ich selber stehe dahinter. Es geht mir nicht darum, dass ich jetzt Löhne drücken möchte. Aber es macht nun wirklich keinen Sinn, wenn wir jetzt hier bei dieser Stellenplanerweiterung versuchen, eine partielle Besoldungs-Revision durchzuziehen. Das ist kontraproduktiv. Wir sollten hier mit Bedacht und Umsicht vorgehen. Was wir jetzt hier tun, ist das Gegenteil."

Esther Bänziger (SP): "Ich habe selbstverständlich sehr gut zugehört. Das ist wirklich seit Jahren eines meiner Themen. Ich habe auch sehr genau verfolgt, wie sich der Regierungsrat zu diesem Thema geäussert hat. Da muss ich leider feststellen, dass mich dies bis jetzt nicht beflügelt. Etwas vom ersten, was ich gelesen habe, ist, dass leider unser Genosse RR Hermann Keller schon gesagt hat, es werde keine Arbeitsplatzbewertung vorgenommen, dafür fehle die Zeit. Wir können nicht warten. Haben wir denn lieber Lohnklagen? Es wird doch überall gepredigt, wir sollen flexibel sein. Also seien wir jetzt doch flexibel! Wenn wir genau wissen, dass wir keine Leute finden - schon im Kanton ZH hat man Mühe, Leute zu finden; deshalb zahlt man bessere Löhne - dann müssen wir jetzt dringend handeln. Dazu kommt, dass wir gutes Personal finden müssen. Wir haben gestern in einer Kommission zur Kenntnis nehmen müssen, dass man - weil man eine Stelle mit einem zu geringen Pensum und zu einem zu tiefen Lohn ausgeschrieben hat - zwar eine Person gefunden hat, die sicher gut ist. Aber man hätte eine bessere finden können. Das können wir uns nicht leisten. Die Bürgerlichen, Raphaël Rohner, predigen auch immer Flexibilität. Das Ganze soll sorgfältig gemacht werden; das dauert Jahre."

Der Ratspräsident bestätigt die Aussage von E. Bänziger, wonach RR Keller gesagt habe, dass keine Arbeitsplatzbewertung geplant sei.

Roland Schöttle (FDP) nimmt Bezug auf den Antrag von Chr. Hablützel (...) "und dem Markt anzupassen." "Diese Formulierung ist zu pauschal und gefährlich. Welcher Markt ist relevant - der lokale, regionale, kantonale oder sogar der internationale? Das müsste eingegrenzt werden. Ich möchte vor dieser Formulierung warnen. Sie dient der Sache schlecht. Der Antrag der GPK lautet auf Überprüfung durch den SR und Bericht an den GrSR. Ich empfehle Ihnen, den Text so zu belassen."

Raphaël Rohner (FDP) entgegnet Esther Bänziger, dass es der bürgerlichen Ratsseite doch nicht darum gehe, nicht gute Löhne zu bezahlen. "Wir wissen, dass gerade im Pflegebereich eine äusserst anspruchsvolle Arbeit geleistet wird, und dass wir hier Leute haben, die sehr belastet sind und die einen Anspruch haben - wie andere auch im öffentlichen Dienst - dass sie eine zeitgemässe Entlohnung erhalten sollen. Zur Bemerkung bezüglich Lohnklagen: Wir haben im öffentlichen Dienst ein Lohngefüge. Wir haben vorhin von einem Besoldungsdekret bzw. von einer Besoldungs-Verordnung gesprochen. Dieses Gefüge können wir nicht einseitig, segmentweise auseinander brechen. Dann würde es Klagen geben. Die Klagen kommen erst dann, wenn ungerecht, ungleich entschieden wird. Ich bitte Sie, hier Vernunft walten zu lassen und Vertrauen zu haben in diese Leute, welche dieses gesamte Paket jetzt auseinander nehmen. Es macht keinen Sinn, wenn man punktuell etwas heraus nimmt. Ob Arbeitsplatz-Bewertungen stattfinden oder nicht, diese Frage möchte ich offen lassen; so sicher ist es nicht, dass diese nicht vorgenommen werden."

Esther Bänziger (SP): "Ich habe gestern Unterlagen des Kantons mit einem Zeitplan gesehen. Das muss sorgfältig gemacht werden und dauert seine Zeit. Da steht bereits das Jahr 2005. Das geht viel zu lange. Wir müssen jetzt handeln. Ich sehe das Problem schon, wenn wir jetzt etwas heraus nehmen. Aber wir müssen handeln, Punkt!"

Herbert Distel (CVP): "Esther Bänziger, Du sagst jetzt immer, das dauert Jahre. Ziffer 3 der Anträge sagt ganz klar: "*Der SR wird beauftragt, (...) mit dem Voranschlag 2002 Bericht und Antrag zu unterbreiten.*" Der Termin ist folglich Dezember 2001. Bleiben wir also beim Antrag der GPK!"

SR Urs Hunziker: "Ich bin Frau Verena Stutz noch eine Antwort schuldig. Arbeitsplatz-Bewertungen sind im Moment nicht vorgesehen. Hingegen werden Vergleiche angestellt zwischen der tatsächlichen Einstufung der Angestellten in den Heimen des Kantons und der Stadt Schaffhausen einerseits und dem Kanton Zürich andererseits. Der Zeithorizont ist klar. Herbert Distel hat ihn vorhin abgesteckt."

Stadtpräs. Marcel Wenger: "Nächste Woche findet eine Klausursitzung des Stadtrates mit dem Regierungsrat statt. Da wird es eine sehr wichtige Aufgabe sein, bei diesen Themen auch die dringende Situation beim Spital- und Pflegepersonal und die Auswirkungen auf das Heimpersonal und die Heimpflege anzusprechen und zu Lösungen zu kommen. Wir haben bis jetzt den Rythmus und die Inhalte der Personalgesetz-Revision materiell noch nicht abgesprochen. Wir haben formell begonnen, diese Arbeitsgruppen auf die Beine zu stellen. Was Sie heute diskutiert haben, ist auch unser Anliegen, wie das Raphaël Rohner bestätigt hat. Wir haben wirklich die Absicht, eine sehr gute und qualifizierte Situation beizubehalten, sowohl im Spital, wie bei den Heimen. Wenn wir das nicht tun, kommen wir in eine ganz schwierige Situation. Lassen Sie uns die nötige Zeit und die Möglichkeit, dass daraus im Hinblick auf den Voranschlag 2002 die richtigen Schlüsse gezogen werden."

Abstimmungen

Nachdem sowohl Susanna Freivogel (SP) als auch Christian Hablützel (SP) an ihren Anträgen festhalten, erfolgen die Abstimmungen.

Der Ratspräsident lässt zuerst über den unveränderten Antrag (Ziffer 3) der GPK abstimmen, der **41 Stimmen** auf sich vereinigt.

Anschliessend wird der Änderungsantrag von Susanna Freivogel (SP) mit **22 : 21 Stimmen** gutgeheissen.

Der Antrag von Christian Hablützel (SP), den Wortlaut von Ziffer 3 zu ergänzen (...) zu überprüfen und dem Markt anzupassen, wird vom Rat mit **26 zu 9 Stimmen** abgelehnt.

Abstimmung unveränderter Antrag Ziffer 3 der GPK versus Formulierung Susanna Freivogel

Alfons Cadario (EVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Antrag erreicht das notwendige Quorum von 10 Stimmen, so dass die Abstimmung unter Namensaufruf erfolgt.

Abstimmung

Der nachfolgend fett gedruckte Wortlaut obsiegt auf Antrag von Susanna Freivogel (SP) über die Formulierung der GPK (...) *im Bereich Pflegepersonal in den Heimen (...)* mit **23 zu 22 Stimmen**. (Detaill. Abstimmungsergebnis gemäss Namensaufruf siehe Anhang z. Protokoll)

NEU 3. *Der Stadtrat wird beauftragt, die Besoldungseinreihungen **in den Heimen (medizinisches und Pflegepersonal)** zu überprüfen. Über allfällige Änderungen sind dem Grossen Stadtrat mit dem Voranschlag 2002 Bericht und Antrag zu unterbreiten.*

4. Der Grosse Stadtrat bewilligt die Stellenvermehrung per 01.01.2001 und 01.01.2002 für die Altersheime wie folgt:

Altersheim am Kirchhofplatz

	BK	2000	2001	2002
Pflegedienstleitung	16 - 18	80	200	200
Stationsleiter/in	12 - 16	240	300	300
Dipl. Pflegepersonal II-I	12 - 14	700	700	900
Pflegehilfe III-I	01 - 09	3650	4050	4050
Hausangestellte/r III-I				

Künzle-Heim

	BK	2000	2001	2002
Pflegedienstleitung	16 - 18	0	100	100
Pflegerin -FA SRK II-I	09 - 12	750	850	950
Pflegehilfe III-I	01 - 09	1950	2100	2350
Hausangestellte/r III-I				

Altersheim Steig

	BK	2000	2001	neu 2001
Pflegedienstleitung	16 - 18	0	0	150
Leitende/r Betriebsangestellte/r / Stationsleiter/in	12 - 16	400	400	300
Dipl. Pflegepersonal II-I	12 - 14	900	900	1100
Therapiepersonal	08 - 13	0	0	100
Pflegehilfe III-I Hausangestellte/r III-I	01 - 09	2250	2350	2550

Altersheim Wiesli

	BK	2001	2002
Dipl. Pflegepersonal II-I	12 - 14	850	950
Pflegehilfe III-I Hausangestellte/r III-I	01- 09	2500	2700

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage mit den bereinigten Anträgen mit **42 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 VdSR - Motion Peter Käppler, Bericht und Antrag
über den Bau oder die Einrichtung von gedeckten
Einstellmöglichkeiten für Fahrräder im Bereich Bahnhof-Altstadt**

EINTRETENSDEBATTE

Das Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Andres Bächtold (SP) Sprecher der GPK *

"Peter Käppler hat am 29. Oktober 1996 eine Motion mit dem Titel «Einstellhalle für Fahrräder im Altstadtbereich» eingereicht, welche am 18. Februar 1997 durch diesen Rat einstimmig als erheblich erklärt wurde. Mit Datum vom 9. Januar dieses Jahres legt nun der Stadtrat Bericht und Antrag vor, die GPK hat diese Vorlage an der ersten Sitzung dieser Legislaturperiode beraten.

Das Problem der fehlenden gedeckten Veloeinstellmöglichkeiten im Altstadtbereich und insbesondere im Umfeld des Bahnhofs ist unbestritten, eine Lösung dringend.

Der Stadtrat wollte deshalb das Anliegen durch die seinerzeitige WERS-Arbeitsgruppe "Reisezentrum Bahnhof Schaffhausen" bearbeiten lassen. Dieses Vorhaben ist leider gescheitert, jedoch ist im Zusammenhang mit dem Runden Tisch «Parkraumplanung» auch das Thema der Verbesserung der Ab- und Einstellmöglichkeiten für Fahrräder wieder auf den Tisch gekommen. In der Folge setzte das Bau- und Umweltreferat am 19. August 1999 eine Arbeitsgruppe «Veloabstellplätze» ein, welcher neben Mitarbeitern der Verwaltung auch Vertreter von Schaffhausen Tourismus, SBB und IG Velo, letztere auch mit einer Frau vertreten, angehörten. Der Aufgabenbereich war umfassend definiert, so sollten neben der Erhebung des Bedarfs und den Anforderungen an die Ausstattung auch Aussagen über Möglichkeiten für bewachte und unbewachte Velostationen, Möglichkeiten für Gepäckaufbewahrung und Hauslieferdienst sowie zu den Bedürfnissen des Velotourismus gemacht werden. Die Ergebnisse und Folgerungen dieser Arbeitsgruppe liegen nun in Form des zu beratenden Berichts des Stadtrates vor Ihnen. Ich werde die wesentlichen Punkte kurz zusammenfassen:

Das durch den Motionär festgestellte Defizit an diebstahl- und vandalensicheren Veloabstellmöglichkeiten wird auch von der Arbeitsgruppe erkannt, das Bedürfnis nach solchen Anlagen ist durch Beispiele aus dem In- und Ausland belegt. Solche Anlagen dienen NutzerInnen mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen, weshalb der Standortfrage entscheidende Bedeutung zukommt. Ein Bedarfsschwerpunkt ist mit Sicherheit am Bahnhof auszumachen, darauf wies auch bereits der Motionär hin, weshalb die Arbeitsgruppe richtigerweise prioritär Lösungen in diesem Gebiet suchte, ohne allerdings die Notwendigkeit anderer Standorte für andere Nutzerinnen aus den Augen zu verlieren. Kurzfristig realisierbare Lösungen in vorhandenen Räumlichkeiten in der näheren und weiteren Umgebung des Bahnhofs haben sich allerdings alle aus unterschiedlichen Gründen zerschlagen.

Eine Erhebung über das vorhandene Angebot an Veloabstellplätzen liegt zwar vor, ist allerdings nicht sehr detailliert und in der Bedarfsabschätzung nicht sehr aussagekräftig. Mitte September 1999 existierten in der Altstadt 920 Veloabstellplätze, davon im Bereich Bahnhof/Bushof 360, wobei insbesondere jene vor dem Bahnhof in aller Regel überbelegt sind. Im Bereich Bahnhof wird deshalb eine Erhöhung um 200 Plätze als sinnvoll und notwendig erachtet.

Im Einzelnen schlägt der Stadtrat nun folgende Massnahmen vor:

1. Einrichtung einer gedeckten Velostation im Bereich Bahnhof Nord, was allerdings nur mit der geplanten Verlegung des Bushofs realisierbar ist. In dieser Anlage soll ein Teil als bewachte Station funktionieren, zudem sollen abschliessbare Einzelboxen installiert werden.
2. Auf dem heutigen Bushofareal soll eine unbewachte Station mit Schlüsselvermietung für Dauernutzer realisiert werden. Auch das ist sinnvollerweise nur im Zusammenhang mit der Überbauung Zentrum Landhuus möglich.
3. Einrichtung einer unbewachten Velostation beim Brückenkopf/Schifflande, eingebaut in die vorhandenen Schaufenster in der Unterführung. Diese Schliessfächer, welche auch Gepäck aufnehmen können, dienen natürlich insbesondere Velotouristen und -Touristinnen.

Für diese Zielgruppe ist die Lage am nationalen Radweg Nr. 2 relativ optimal. Die Einrichtung soll noch dieses Jahr erfolgen, der erforderliche Betrag von Fr. 60'000.-- ist im Budget 2001 enthalten, die Bauausschreibung für 15 Velo-Boxen ist im letzten Amtsblatt publiziert.

4. Im Zusammenhang mit dem Projekt Zentrum Landhuus sollen hinter dem Bahnhof nebst der Velostation weitere Abstellplätze mit guter Anbindung an die Unterführungen realisiert werden. Als ebenso wichtig wird ein weiterer Standort vor dem Bahnhof, im Bereich Ticketeria, beurteilt; dort soll - sobald die SBB Räumlichkeiten freibekommt - eine weitere gedeckte Station realisiert werden.
5. Für Kunden der Altstadtgeschäfte schlägt der Stadtrat keine neuen Standorte, sondern die Aufwertung der bestehenden Anlagen vor. Auf fest installierte Einrichtungen innerhalb der Fussgängerzone soll verzichtet werden.

Im Sinne einer Beurteilung der weiteren Entwicklung schlägt der Stadtrat schliesslich vor, im Rahmen der Resultate des Runden Tisches Parkraumplanung im Zuge der gewünschten Verringerung der Parkplatzzahl bzw. deren Verlegung in periferer Parkhäuser dem Fussgänger- und Veloverkehr im Citybereich mehr Raum zu geben und weitere Veloabstellmöglichkeiten für Altstadtkunden laufend zu prüfen.

Zum Thema Hauslieferdienst will die Arbeitsgruppe zusammen mit der Pro City ein Konzept ausarbeiten; dieses liegt noch nicht vor.

Der Bericht ist also insgesamt umfassend, die Probleme sind erkannt, vernünftige Lösungsmöglichkeiten werden aufgezeigt. Die GPK ist deshalb nach Erläuterungen des Stadtgenieurs und nach kurzer Diskussion auf die Vorlage eingetreten und hat dem Antrag 1 einstimmig zugestimmt.

Zu Diskussionen Anlass gab dann allerdings Antrag 2 auf Abschreibung der Motion. Eine Mehrheit der GPK war der Meinung, dass das bloss Vorlegen eines Berichtes nicht zwingend die Erfüllung des Motionsauftrages sein muss, insbesondere wenn erkannt wird, dass Probleme bestehen und eine Lösung nicht gesichert ist. Im vorliegenden Fall werden zwar Vorschläge zur Erfüllung des Auftrages gemacht, die Realisierung hängt aber wesentlich von der Planung Zentrum Landhuus einerseits und insbesondere von der Verlegung des Bushofs ab. Das ist aber keinesfalls gesichert, da hat zumindest auch der Souverän noch ein Wörtchen mitzureden. Sollte die Bushofverlegung scheitern, wären wir von der Lösung des durch den Motionär 1996 aufgegriffenen Problems weiter entfernt als damals, da jetzt bekannt ist, dass die Realisierung gedeckter Einstellmöglichkeiten für Velos im Umfeld des Bahnhofs fast unmöglich ist. Die Mehrheit der GPK vertrat deshalb die Ansicht, mit der Abschreibung der Motion müsste mindestens solange zugewartet werden, bis die Realisierung der Velostation im Bereich Bahnhof Nord greifbar ist. Dem Antrag auf Streichung des Antrags 2 der stadträtlichen Vorlage stimmte die GPK schliesslich mit 4:3 Stimmen zu.

Im Namen der GPK bitte ich Sie deshalb, auf die Vorlage einzutreten, dem Antrag 1 zuzustimmen und den Antrag 2 zu streichen. Anschliessend muss dann selbstverständlich auch der Bericht über die hängigen Motionen vom 20.02.01 entsprechend angepasst werden."

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung *

"Ich erlaube mir nun, gleich noch kurz die Stellungnahme der SP-Fraktion bekannt zu geben:

Für uns ist die Vertretung der Anliegen von FussgängerInnen und VelofahrerInnen Programm, weshalb wir selbstverständlich auf die Vorlage eintreten und im Sinne der GPK-Anträge abstimmen werden.

Die Einrichtung einer bewachten Velostation im Bahnhofbereich, wenn möglich kombiniert mit Servicestation, Hauslieferdienst usw. ist überfällig. Sobald die Realisierung absehbar ist, werden wir die Motion gerne abschreiben, je schneller desto besser.

Ebenso dringlich ist jedoch auch die im Bericht erwähnte Schaffung weiterer Abstellplätze im Bereich Ticketeria. Wir werden den Stadtrat auch jederzeit im Bemühen nach der Einrichtung weiterer Veloabstellplätze an Stelle von Parkplätzen im Altstadtbereich unterstützen und gehen davon aus, dass gelegentlich auch das Velofahren in der Altstadt wieder zum Thema werden wird."

Josef Eugster (SVP) Fraktionserklärung FDP/CVP und SVP/EDU *

"Namens der bürgerlichen Fraktionen SVP/EDU und FDP/CVP gebe ich Ihnen bekannt, dass wir auf die Vorlage des Stadtrates eintreten werden.

Wir sehen die Notwendigkeit zur Schaffung von Veloabstellplätzen sowohl für Kunden der Altstadt als auch für Velotouristen. Wichtig dabei ist, dass vandalen- und diebstahlsichere Anlagen bereit gestellt werden.

In der Vorlage listet der Stadtrat einige Massnahmen auf. Er zeigt damit, dass er willens ist, dem Anliegen des Motionärs zu entsprechen. Und dass er es nicht bei Lippenbekenntnissen bewenden lässt, zeigt sich beispielsweise anhand der Ausschreibung im letzten Amtsblatt, wonach in drei der fünf Schaufensteranlagen in der Unterführung Brückenkopf an der Moserstrasse insgesamt 15 Velo-Boxen eingebaut werden sollen.

Dass es mit der bewachten Velostation bis heute nicht geklappt hat, ist an sich bedauerlich. Der Stadtrat zeigt in seinem Bericht jedoch die Gründe dafür auf. Oder mit anderen Worten: Er ist auch in diesem Bereich nicht untätig geblieben.

Dennoch wird es in dieser Sache in Kürze einen weiteren Schritt geben, indem die Planung Buszentrum beim Bahnhof eine solche bewachte Velostation umfasst. Wir sind deshalb sehr optimistisch, dass auch dieser Wunsch des Motionärs bald erfüllt werden kann. Der Grosse Stadtrat wird sich bei der Vorlage "Projektierungskredit Landhaus/Bushof" damit auseinandersetzen können.

In diesem Sinne werden die bürgerlichen Fraktionen beiden Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Unter Ziffer 2 sind wir bereit, die Motion von Peter Käppler als erledigt abzuschreiben. Dies, obschon der Auftrag zwar noch nicht in allen Teilen erfüllt, immerhin aber in Aussicht gestellt worden ist, dass der "Bau oder die Einrichtung von gedeckten Einstellmöglichkeiten für Fahrräder im Bereich Bahnhof - Altstadt", wie es in der ursprünglichen Motion gefordert wird, realisiert werden soll."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Namens der OeBS/EVP/GB-Fraktion kann ich Ihnen mitteilen, dass wir auf die Vorlage eintreten werden und ihr in der von der GPK verabschiedeten Fassung zustimmen können. Ich kann ihnen aber nicht verhehlen, dass sich bezüglich der in der Vorlage geschilderten Massnahmen und konkreten Taten gelinde gesagt eine gewisse Ernüchterung oder Enttäuschung bei uns eingestellt hat. Vor allem, dass im Bereich Ticketeria nach wie vor keine Lösung vorliegt oder in Sicht ist, stimmt uns äusserst nachdenklich. Hier ist nun wirklich Handlungsbedarf gegeben.

Noch kurz zur von der GPK vorgenommenen Streichung von Ziff. 2 der Anträge. Diese findet unsere Zustimmung. Eine Motion gilt nach § 54 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung als erledigt, sobald zum Motionsauftrag Bericht und Antrag vorliegt. Dies ist vorliegend nicht der Fall, sondern es wird nur auf das Projekt Zentrum Landhuus und die dort im Zusammenhang mit der Verlegung des Bushofes geplante Velostation verwiesen. Ein Antrag hierzu findet sich nicht. Damit würde also erst diese zukünftige Vorlage "Verlegung Bushof" eigentlich den Antrag zur Motion Kämpfer bilden. Den Bericht dazu haben wir jetzt. Eine Abschreibung der Motion Kämpfer kann deshalb erst ernsthaft diskutiert werden, wenn diese Vorlage ins Parlament kommt. Solange aber ist die Motion weiter zu behandeln, wenn wir unserer Geschäftsordnung nachkommen wollen."

Urs Tanner (SP) Votum

"Es ist aussergewöhnlich, dass es eigentlich das Ziel von 50 Leuten ist, eine Einstellhalle für Fahrräder im Bereich Bahnhof zu realisieren. Aber diesen Bericht habe ich als "warme Luft" empfunden. Die Motion umfasst den Bau einer Einstellhalle. (Anmerkung der Redaktion: Der GrSR hat die Motion Kämpfer am 18. Feb. 1997 mit dem geänderten Wortlaut verabschiedet. Anstelle einer Einstellhalle wurde die Bezeichnung *gedeckte Einstellmöglichkeiten* gewählt.)

Hier erhalten wir einen Bericht, warum konkrete Pläne verfrüht sind (Stichwort Zentrum Landhuus, Bahnhofstrasse Areal Nord). Der Rest des Berichtes ist eigentlich eine Zusammenfassung des Schlussberichtes Runder Tisch. Das einzig Konkrete sind die 15 Velo-Boxen in der Nähe des Brückenkopfes. Ich denke, dass es eine Einstellhalle geben wird; darüber besteht Konsens. Dieser Bericht erfüllt die Forderung der Motion Kämpfer aber nicht. Warten wir doch auf die Vorlage Zentrum Landhuus, welche den Vorstoss Kämpfer ganz sicher beinhalten wird."

Stadtrat Kurt Schönberger Stellungnahme des Stadtrates *

"Mit den Wünschen des Motionärs werden die Anliegen von zweierlei Parteien abgedeckt: Zum einen diejenigen der Kundinnen und Kunden der Altstadt, zum anderen jene der Velotouristen. Für beide Gruppen sollen diebstahl- und vandalensichere Anlagen erstellt werden.

Für beide gilt auch, dass Abstellmöglichkeiten möglichst nahe an die Altstadt bzw. mitten im Zentrum erstellt werden sollen.

Dass wir bis heute für die Velofahrerinnen und Velofahrer nicht nichts getan haben, lässt sich unschwer daraus erkennen, dass wir im Bereich Altstadt inkl. Bushof ein Angebot von ca. 920 beschilderten Veloabstellplätzen haben. Im engeren Bereich des Bahnhofs sind es ca. 360. Dennoch ist gerade das Angebot rund um den Bahnhof zugegebenermassen ungenügend.

Und hier beginnt denn auch der lange Leidensweg der bewachten Velostation. Diese muss, soll sie den Benützerinnen und Benützern tatsächlich auch dienen, unzweifelhaft unmittelbar beim Bahnhof stationiert sein. In diesem Sinne haben wir denn auch mit den zuständigen Stellen der Bahnen ständig und immer wieder Kontakt gehabt - leider ohne Erfolg. Auch die Interventionen der IG Velo selbst waren nicht von Erfolg gekrönt.

Im Zusammenhang mit der neuesten Entwicklung rund um den Bushof beim Bahnhof ist nun zum Glück aber wieder neues Leben in diese Geschichte gekommen. Geplant ist nämlich, dass zusammen mit den SBB ein neues Gebäude erstellt wird, in dem eine bewachte Velostation untergebracht sein wird - und damit hätten wir denn auch den Wunsch des Motionärs nach "dem Bau oder der Einrichtung von gedeckten Einstellmöglichkeiten für Fahrräder im Bereich Bahnhof-Altstadt" erfüllt.

Die Bereitstellung von Veloabstellplätzen kann und darf sich aber nicht auf eine bestimmte Zeit und einen einzigen Ort beschränken. Vielmehr ist es eine Daueraufgabe, sich diesem Thema anzunehmen. So wurde beispielsweise bei der Planung der Oberfläche des Herrenackers ausdrücklich gefordert, Abstellplätze für Velos vorzusehen. Im weiteren befasst sich eine Arbeitsgruppe, unter Federführung des Tiefbauamtes, laufend mit den Anliegen der Velofahrerinnen und Velofahrer.

Im Zusammenhang mit der Motion von Peter Kämpfer bzw. bei der Bearbeitung dessen Auftrages sind zwei weitere Anliegen geprüft worden, nämlich

- die Möglichkeit eines Hauslieferdienstes sowie
- die Erstellung von Gepäckaufbewahrungen.

Beide Anliegen sind legitim und an anderen Orten schon lange "gang und gäbe". Zusammen mit einer Delegation der IG Velo wurden Modelle geprüft und auch entsprechende Lösungen erarbeitet.

Leider ist es beim guten Willen geblieben. Abklärungen zwecks Einführung eines Hauslieferdienstes haben nämlich ergeben, dass dafür gar kein Bedarf besteht, weil viele Geschäfte schon heute einen eigenen Kundendienst bzw. eben einen Hauslieferdienst anbieten. Und genau dasselbe Resultat erhielten wir mit Bezug auf eine zentrale Gepäckaufbewahrung. Auch hier bieten schon heute viele Geschäfte diese Dienstleistung an. Der Stadtrat hat deshalb beschlossen, auf zusätzliche Angebote in dieser Hinsicht vorläufig zu verzichten.

Zu zwei, drei Voten:

Peter Möller ist enttäuscht und bedauert, dass bei der Ticketeria keine Einrichtung für Velos geplant ist oder geplant werden kann. Auch wir sind enttäuscht. Vielleicht gilt auch hier das Sprichwort "Gut Ding will Weile haben", genauso wie auf der Seite Bahnhof Nord. Auch dort waren die SBB lange nicht gesprächsbereit. Ich denke, dass wir auch im Bereich der Ticketeria die Positionen in letzter Zeit etwas aufweichen konnten. Ich bin zuversichtlich, dass die SBB in naher Zukunft auch hier gesprächsbereit sein werden, so dass wir auf diesem Areal etwas erreichen werden.

Ob Sie die Motion abschreiben wollen oder nicht, hängt mit dem zusammen, was Peter Möller bezüglich konkreter Anträge gesagt hat. Wir stellen in unserem Bericht in diesem Sinne keine Anträge.

Weil wir eine Lösung in Aussicht haben und weil wir die Vorlage betr. Projektierungs-Kredit Zentrum Landhuus/Bushof auf dem Tisch des GrSR haben, ist der SR der Meinung, dass die Motion gleichwohl abgeschrieben werden kann."

Der Ratspräsident stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin verliest die Seitenzahlen 1 - 5 der Vorlage

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

ANTRÄGE

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin verliest die Anträge.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt in zustimmendem Sinne Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 9. Januar 2001 über den Bau oder die Einrichtung von gedeckten Einstellmöglichkeiten für Fahrräder im Bereich Bahnhof - Altstadt.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Die Motion von Peter Käppler betreffend Einstellhalle für Fahrräder im Altstadtbereich, erheblich erklärt am 18. Februar 1997, wird als erledigt abgeschrieben.

Andres Bächtold (SP) stellt im Namen der GPK-Mehrheit den Antrag, Ziffer 2 ersatzlos zu streichen.

ABSTIMMUNG

Der Antrag der GPK, Ziffer 2 ersatzlos zu streichen, obsiegt in der Abstimmung über den Antrag des Stadtrates, die Motion von Peter Käppler als erledigt abzuschreiben, mit **23 zu 19** Stimmen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage mit **44 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle beendet der Ratspräsident die Beratung der Geschäfte der heutigen Traktandenliste.

Mitteilungen

**Platzgestaltung Herrenacker; öffentliche Veranstaltung am
Mittwoch, 9. Mai 2001, ab 18.00 Uhr im Konventhaus an der Krummgasse**

Die Mitglieder des GrSR haben mit Datum vom 20. April 01 ein Einladungsschreiben erhalten.

Termin Ratsausflug pro memoria: Dienstag, 21. August 2001 13.00 Uhr

Einladung und Programm folgen später.

An dieser Stelle schliesst der Ratspräsident die Sitzung.

Im Anschluss an diese Ratssitzung machte Dr. R. Hofer, Staatsarchivar, einige interessante Ausführungen zur Geschichte des Ratssaales, der Rathauslaube und des Kassenzimmers. Diese seien dem Staatsarchivar auch an dieser Stelle bestens verdankt.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Di 22. Mai 2001, 17 Uhr